

Was tun?

Informieren, Diskutieren,
Demonstrieren, Protestieren.

Senden Sie eine Mail an:

<http://www.europarl.europa.eu/portal/de/contact>

Rufen Sie an, schreiben Sie, gehen Sie
in die Sprechstunden:

Thomas Händel, Erlanger Linke, *

Joachim Herrmann, CSU

Landtag, Tel: (0) 9131 534538
Fax: (0) 9131 611840

Uwe Kekeritz, Grüne Liste

Bundestag, Tel: (0) 911 6607151
Fax: (0) 911 6607152

Christa Matschl, CSU

Landtag, Tel: (0) 9131 29063
Fax: (0) 9131 829635

Stefan Müller, CSU, Bundestag, *

Jörg Rohde, FDP

Landtag, Tel: (0) 89 41262834
Fax: (0) 89 41261834

Marlene Rupprecht, SPD

Bundestag, Tel: (0) 911 756 8362
Fax: (0) 911 756 8382

Christine Stahl, Grüne Liste

Landtag, Tel: (0) 911 5873974
Fax: (0) 911 5394230

Harald Weinberg, Erlanger Linke, *

Angelika Weikert, SPD

Landtag, Tel: (0) 911 4389640
Fax: (0) 911 4389649

* Kommunikationsmöglichkeiten nur über
Kontaktformular: <http://www.erlangen.de/desktopdefault.aspx/tabid-1452/>

Wie können wir uns wehren?

Eine in ihren existenziellen Interessen
bedrohte BürgerIn lässt sich das nicht
so einfach gefallen:

- Sie informiert sich (*AttacBasisTexte 41: Wasser ist keine Ware* u.a.), verteilt Infos, Flyer.
- Sie diskutiert, sagt weiter, schreibt Leserbriefe.
- Sie demonstriert, protestiert, unterschreibt Petitionen.
- Sie setzt Zeichen und zeigt Flagge (Button Wasser PPP–Nein danke).
- Sie unterstützt und engagiert sich (in Wasser-Bürgerinitiativen oder an Ständen wie hier) oder auch mit Spenden.

Sie tut das, wo sie lebt, arbeitet,
einkauft, ihre Freizeit verbringt und wo
sie am kommunikativen Leben
(Medien, Foren) teilnimmt.

Sie wendet sich aber auch an
politische Funktions- und
EntscheidungsträgerInnen:
Abgeordnete (besonders EU), Stadt-,
Land- und BezirksrätInnen,
BürgermeisterInnen, Stadtwerke u.a.

ViSdP: *attac-Regionalgruppe Erlangen c/o
Manfred Moser 91056 Erlangen Schobertweg 13 b*



Wasser ist keine Ware.

Seine Bereitstellung kostet Geld, darf aber
der Profitgier nicht ausgeliefert werden.

Wasser gehört in öffentliche Hand, damit

Versorgungsgerechtigkeit
Versorgungssicherheit
Umweltstandards
Qualitätsstandards
Nachhaltigkeit

gewährleistet bleiben

Hände weg vom Wasser



**Keine Privatisierung
ganz egal wo!**

UN 2012: Zugang zu Wasser ist Menschenrecht

Dieses Recht ist politisch wertvoll, aber leider nicht einklagbar. Die Versorgung mit Trinkwasser ist Teil der Daseinsfürsorge, die durch das Grundgesetz den Gemeinden übertragen ist. In der bisherigen EU-Konzessionsrichtlinie, für die Ausschreibung öffentlicher Aufträge ist die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ausdrücklich ausgenommen. Es ist den Gemeinden überlassen, wie sie eine qualitative, nachhaltige und sichere Versorgung garantieren.

In der nun geplanten EU-Richtlinie ist von einem solchen Ausschluss nicht mehr die Rede. Seit 1990 benutzen IWF und WTO weltweit den sog.



Washington-Konsens (der Markt regelt alles am besten), um die Wasserwirtschaft in profitorientierte Strukturen zu überführen, mit z.T. verheerenden Folgen. **Deshalb:**

Unser Wasserrecht nicht durch eine neue EU-Richtlinie verwässern!

Seid wachsam,
die Wasserlobby schläft nicht!

Beispiele:

Portugal:

In Pacos de Ferreira wurde die Wasserprivatisierung gegen den Willen der Bevölkerung eingeführt. In wenigen Jahren erhöhte sich der Wasserpreis um 400 %.

<http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2012/1213/wasser.php5>

Berlin:

Seit der Teilprivatisierung der Wasserversorgung (RWE und Veolia) ist der Wasserpreis um über 30 % gestiegen. Die Mitarbeiterzahl sank von 6.116 (Ende 2000) auf 3.948 (Ende 2009). In Geheimverträgen hatte sich die Stadt zu Gewinngarantie von RWE und Veolia verpflichtet. Das Volksbegehren für die Offenlegung der Verträge war erfreulich eindeutig (666235 Stimmen dafür).

www.berliner-wassertisch.net

Augsburg:

In Augsburg hat die „Wasser-Allianz“ durch drei Bürgerbegehren 2004 und 2008 erreicht, dass der städtische Abwasserbetrieb als Eigenbetrieb der Stadt erhalten bleibt, die Wasser-Tochter der Stadtwerke nicht veräußert wird und ein Einstieg der RWE-Tochter Lech-Elektrizitätswerke bei den Stadtwerken nicht erfolgt.

www.wasser-allianz-augsburg.de

Was will die EU-Richtlinie?

Die Wasserversorgung ist eine auf Dauer angelegte Pflichtaufgabe der Kommunen für die Daseinsvorsorge. Seit Jahren verengt sich diese Sicht bei vielen auf das rein Ökonomische. In diesem Sinn will auch die neue EU-Richtlinie die Wasserversorgung noch mehr für private Unternehmen öffnen. In Deutschland sind erst ca. 7% der Wasserversorgung privat. Bei privaten Unternehmen müssen mit jedem Liter Wasser auch die Gewinne der AnteilseignerInnen bezahlt werden.

Die EU-Bürgerinitiative „right2water“ hat inzwischen mehr als eine Million Unterschriften gegen die geplante Wasser-Vergabe-Richtlinie gesammelt. Durch diesen öffentlichen Druck hat die EU-Kommission ihre Pläne bereits abgeschwächt. – Aber unser Widerstand ist weiter nötig!

Internetadressen:

www.right2water.eu/de/node/5

www.wasser-in-buergerhand.de



Regionalgruppe Erlangen

Wir treffen uns jeden 2. Montag im Monat um 19:30 neben dem Dritte Welt Laden 91054 Erlangen Altstädter Kirchplatz 7